

Ost-West-Disparitäten in Europa: Vergangenheit? An- und Einsichten anhand von ESPON-Projekten

Radvánszki, Ádám

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Radvánszki, Á. (2015). Ost-West-Disparitäten in Europa: Vergangenheit? An- und Einsichten anhand von ESPON-Projekten. *Informationen zur Raumentwicklung*, 5, 417-425. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-65509-4>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Ost-West-Disparitäten in Europa: Vergangenheit?

Ádám Radvánszki

An- und Einsichten anhand von ESPON-Projekten

Im sozialistischen Teil Europas konnte man bis 1990 kaum an grenzenlose Freizügigkeit denken. 25 Jahre später verlaufen die Grenzen in Europa anders: Grenzen verschwanden und Grenzen entstanden. Die deutsche Einheit ist eng mit der europäischen Integration verbunden. Mit den Erweiterungsrounds sind viele postsozialistische Regionen in den EU-Binnenmarkt eingebunden worden – mit Auswirkungen auf die sozioökonomischen Entwicklungen in diesen Regionen. Die europäische Integrationspolitik war mit der Hoffnung verbunden, dass die Disparitäten zwischen Ost und West schnell aufgehoben würden. Wie Analysen des Europäischen Raumbewachungsnetzwerks ESPON jedoch zeigen, sind die Unterschiede nicht verschwunden. Während einige postsozialistische Regionen im europäischen Vergleich gut dastehen, drohen woanders neue Polarisierungen. So zeichnet sich in den neuen EU-Mitgliedsstaaten das Risiko einer inneren Polarisierung zwischen den Hauptstadt- und den übrigen Regionen ab.

Europa ohne Grenzen? Dies war eine Idee, die man im sozialistischen Teil des Kontinents kaum glauben konnte. Vor der Wende gab es in der „fröhlichsten Baracke“* sogar zwei verschiedene Reisepassformate für Privatpersonen: rot für den Osten, blau für den Westen. Überhaupt waren die Reisebestimmungen in jedem Land unterschiedlich. Die Bewegungsfreiheit von Menschen oder Unternehmen ist heute in weiten Teilen Europas ganz normal, andernorts – auch in Europa – schränken Grenzen nach wie vor die Mobilität ein. In den letzten 25 Jahren wurden Grenzen aufgebaut, umgebaut, abgebaut – vor allem im ehemaligen Ostblock, aber auch zwischen Ost und West, angefangen in Deutschland. Die europäische Integration hat neue Rahmenbedingungen geschaffen und neue Perspektiven für europäische Regionen eröffnet. Wie haben sich Ost und West in Europa entwickelt? Bis zu welchem Grad hat der Osten ökonomisch aufgeholt? Wie haben sich die Verhältnisse zwischen Regionen verändert? Das europäische Raumbewachungsnetzwerk ESPON liefert zahlreiche Analysen, die Informationen auch zu diesen Fragen geben können. In diesem Artikel wird versucht, (Teil-)Antworten zu dem Themenaspekt Ost-West-Integration auszuloten.

Die Politik baut Grenzen ab und auf – und ändert die Rahmenbedingungen

Die gesellschaftlichen Entwicklungen in den 1980er-Jahren haben Druck auf die Politik ausgeübt, sogar in autoritär regierten Ländern. Der Fall der Mauer und des Eisernen Vorhangs – und damit die Wiedervereinigung Deutschlands und Europas – waren eng miteinander verbunden. Eine Aktion in Ungarn an der Grenze zu Österreich im August 1989 hatte den Namen „paneuropäisches Picknick“. Obwohl bei dieser Aktion die Staatsgrenze nur räumlich und zeitlich begrenzt geöffnet wurde, war die Auswirkung dieses lokalen Ereignisses wesentlich größer – zeitlich wie räumlich gesehen. Umgekehrt haben große strukturelle und politische Veränderungen Auswirkungen bis auf die lokale-regionale Ebene gehabt.

Die enge Verbindung zwischen der Wiederherstellung der deutschen Einheit und der europäischen Integration waren schon zur Zeit der Wende erkannt mit entsprechenden rechtlichen Konsequenzen. Der Einigungsvertrag zwischen der BRD und der DDR vom 31. August 1990 stellte bereits den Zusammenhang zwischen der Wiedervereinigung und der europäischen Integration klar dar, denn sie hatten vor

*) Nach der Niederschlagung des Volksaufstands in Ungarn 1956 wurde János Kádár als Ministerpräsident des Landes eingesetzt. Nach sehr autoritär geprägten Anfangsjahren ließ Kádár Ende der 1960er-Jahre Wirtschaftsreformen durchführen, die im Land zu steigendem Lebensstandard führten. Dieser konnte während der 1970er-Jahre jedoch nur mit Krediten aus Staaten des Westblocks aufrechterhalten werden. Westliche Journalisten beschrieben die Atmosphäre jener Jahre mit dem Ausdruck „die fröhlichste Baracke“ des Kommunismus – was von der ungarischen Bevölkerung als Selbstbezeichnung übernommen wurde.

Ádám Radvánszki
ist Projektleiter im Referat Europäische Raum- und Stadtentwicklung im Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung.
adam.radvanszki@bbr.bund.de

„durch die deutsche Einheit einen Beitrag zur Einigung Europas und zum Aufbau einer europäischen Friedensordnung leisten, in der Grenzen nicht mehr trennen und die allen europäischen Völkern ein vertrauensvolles Zusammenleben gewährleistet, in dem Bewußtsein, daß die Unverletzlichkeit der Grenzen und der territorialen Integrität und Souveränität aller Staaten in Europa in ihren Grenzen eine grundlegende Bedingung für den Frieden ist“ (BMJV 2013). Die deutsche Einheit war der erste Schritt im Prozess der Osterweiterung der EU bzw. zu jenem Zeitpunkt zu einer umfassenderen Europäischen Gemeinschaft. Im Laufe der Jahre wurde die europäische Integration im politischen Sinne vorangetrieben und damit die Rahmenbedingungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft für die Reintegration der Regionen Europas nach Jahrzehnten der geteilten Systeme geändert.

Nach der deutschen Wiedervereinigung wurden andere Staaten in Europa jedoch nicht in ihrer Einheit gestärkt, sondern – im Gegenteil – getrennt. Die Sowjetunion, Jugoslawien und die Tschechoslowakei haben Teilungen erlebt, die zum Teil mit heftigen Konflikten einhergegangen sind und bis heute vielerorts unsichere Situationen hinterlassen haben. Damit entstanden Staatsgrenzen da, wo es früher keine gab. Die Freizügigkeit von Menschen, Unternehmen, Kapital, Produkten und Dienstleistungen wurde eingeschränkt. Gefühle, gedachte und materielle Grenzlinien zwischen Regionen wurden neu definiert, wodurch sich die Rahmenbedingungen der territorialen Entwicklung in Europa stark verändert haben.

Die ostdeutschen Regionen sind mit dem Einigungsvertrag sehr schnell der Europäischen Gemeinschaft (EG) beigetreten. Aber auch die europäische Integration wurde seitdem fortgeführt – sowohl horizontal als auch vertikal. Zum einen wurde das Gebiet der Europäischen Union horizontal erweitert: Nach dem Beitritt von Österreich, Schweden und Finnland 1995 hat die EU 2004 mit ihrer größten Erweiterungsrunde auch ehemalige sozialistische Regionen aufgenommen. Damit wurden „westliche“ Werte und Systeme – wie Demokratie und Marktwirtschaft – weitgehend auch auf postsozialistische Staaten übertragen. Mit den Erweiterungen 2007 und 2013 sind weitere Staaten Osteuropas beigetreten und

haben damit die Rahmenbedingungen der EU für wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen übernommen. Zum anderen wurde seit dem Fall des Eisernen Vorhangs die europäische Integration auch vertikal vertieft: Eine Reihe von Verträgen hat die Rahmenbedingungen geändert und die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene verstärkt. Nicht alle Mitgliedstaaten der EU haben alle europäischen Verträge unterschrieben. So gibt es Ausnahmen, wo die Einheit der europäischen Grundlagen durch Hindernisse verschiedenster Art gebrochen ist: Einige Staaten haben sich entschieden, Grenzkontrollen oder die eigene Währung zu behalten. Einige neue Mitgliedstaaten haben gewisse Voraussetzungen noch nicht erfüllt und konnten so möglicherweise auch erwünschte Gemeinsamkeiten nicht übernehmen. In einigen Kernbereichen gibt es also innerhalb der EU weiterhin verschiedene Ausgangsbedingungen für regionale bzw. nationale Entwicklungen.

Der *Vertrag über die Europäische Union* (EU 2010) setzt als Ziel die Förderung von „wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten“ (ebd.: Art. 3 EUV). Mit der Ergänzung des Vertrages durch den Lissabon-Vertrag wurde also auch die territoriale Dimension des Zusammenhalts als Ziel eingeführt. Genauer wurde es im Vertrag über die Arbeitsweise der EU definiert: „Die Union setzt sich insbesondere zum Ziel, die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen und den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete zu verringern“ (ebd.: Art. 174 AEUV). Innerhalb der EU ist es also ein Ziel, den Zusammenhalt zwischen den Regionen und Städten voranzubringen. Auch wenn dieses Ziel erreicht werden könnte, bedeutete es jedoch, dass ein Risiko für neu entstehende Bruchlinien zwischen EU und ihren europäischen Nachbarn besteht.

Die Wende hat in den ehemaligen sozialistischen Regionen viel Hoffnung auf einen schnellen wirtschaftlichen Aufholprozess mitgebracht, aber der Strukturwandel der 1990er-Jahre hat bald für Enttäuschung gesorgt. In den postsozialistischen EU-Mitgliedstaaten hat der Weg zum EU-Beitritt diese Hoffnung wiederbelebt. Wie steht es um den territorialen Zusammenhalt zwischen Ost und West 25 Jahre nach der Wen-

de und gut zehn Jahre nach der größten Erweiterungsrunde der EU? Dieser Frage gehe ich im nächsten Kapitel anhand einer Reihe von aktuellen europäischen Forschungsergebnissen des ESPON-Programms nach.

Europäische Raumforschung im Dienst des europäischen territorialen Zusammenhalts – ESPON

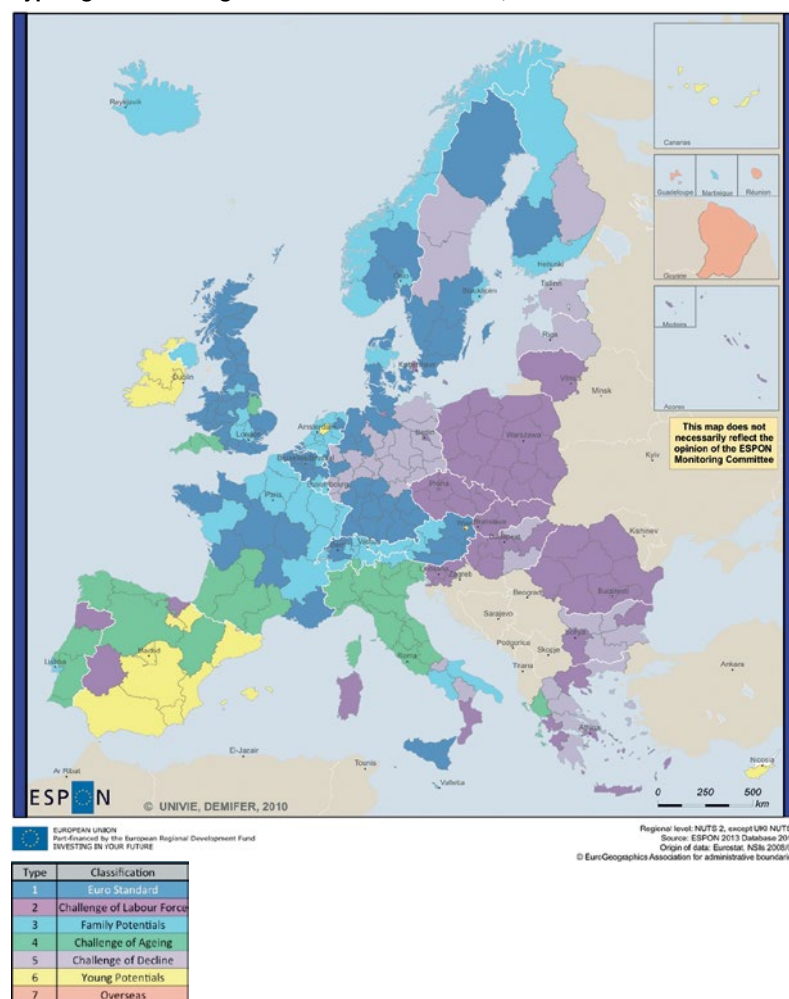
Bis zum Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags (EU 2007) war Raumentwicklung eine nationale Kompetenz der EU-Mitgliedstaaten. Erst seit 2009 ist die Zuständigkeit in der Politik des territorialen Zusammenhalts zwischen der EU-Kommission und den Mitgliedstaaten geteilt. Allerdings hatten die Mitgliedstaaten schon in den 1990er-Jahren entdeckt, dass die Regionen Europas sich gegenseitig beeinflussen und Raumentwicklungspolitik deshalb eine Koordination zwischen den Staaten braucht. Um systematisch Informationen über die räumliche Entwicklung Europas zu gewinnen, finanziert die Europäische Kommission zusammen mit den EU-Mitgliedstaaten das ESPON-Programm. Transnationale Expertengruppen führen aufgrund praxisrelevanter Fragestellungen Analysen für den sogenannten ESPON-Raum durch. Mit den erarbeiteten Befunden ist Europa besser zu verstehen. So können sie zu einer wissenschaftsbasierten Politik beitragen. Neben den EU-Mitgliedstaaten nehmen auch Island, Norwegen, Liechtenstein und die Schweiz am ESPON-Programm teil. Das Programm liefert Informationen über verschiedene Aspekte räumlicher Entwicklung. Die Forschungsprojekte widmen sich entweder einem bestimmten Raumtyp (z. B. Metropolen, ländlicher Raum, Klein- und Mittelstädte) oder einem raumrelevanten Thema (z. B. Demografie, Wirtschaftskrise, Klimawandel). Damit ermöglichen sie der Politik, wichtige Herausforderungen der europäischen Raumentwicklung zu identifizieren, wissenschaftsbasierte Entscheidungen zu treffen und passende Ziele zu setzen. Die ESPON-Analysen liefern also wertvolle Informationen – jedoch in der Regel nur für den ESPON-Raum. Dadurch entstehen neue Grenzen: Grenzen der Datenverfügbarkeit oder Grenzen zwischen der EU, Osteuropa, Westbalkan und Nordafrika. Einige Projekte wagen aber auch den Blick über die Grenzen der EU bzw. des ESPON-Raums hinaus.

All dies kann hier im Weiteren nicht einbezogen werden. Für die Thematisierung europäischer Grenzen muss ich mich in diesem Artikel auf die Quellen einiger weniger diesbezüglich relevanter ESPON-Projekte beschränken. Was wurde in diesen Projekten über Einheit und Differenz diskutiert? Wo sind wir heute – europäisch gesehen – auf dem Weg zu mehr Einheit? Und wo konstatieren wir alte und neue Differenzen?

Fortbestehendes Ungleichgewicht in Europa – zwischen Ost und West

Vor der Wende haben sich viele osteuropäische Menschen überlegt oder gar vorgenommen, irgendwie aus ihrem Staat zu flüchten und im Westen einen Neustart zu schaffen. Die Staaten des Ostblocks hingegen wollten die Abwanderung ihrer Be-

Karte 1
Typologie des demografischen Status in der EU, 2005



Quelle: ESPON DEMIFER Projekt

völkerung mit Verstärkung der physischen Grenze verhindern. Mit dem Fortschritt der europäischen Integration sind die Grenzen zum Teil verschwunden, und mit dem Recht auf Freizügigkeit können EU-Bürgerinnen und -Bürger ihren Wohnort heute auch grenzüberschreitend frei wählen. Neben natürlichen Faktoren wie Geburt und Mortalität beeinflussen derzeit vor allem grenzüberschreitende Wanderungen die Bevölkerungsentwicklung und die Altersstruktur in den Mitgliedstaaten.

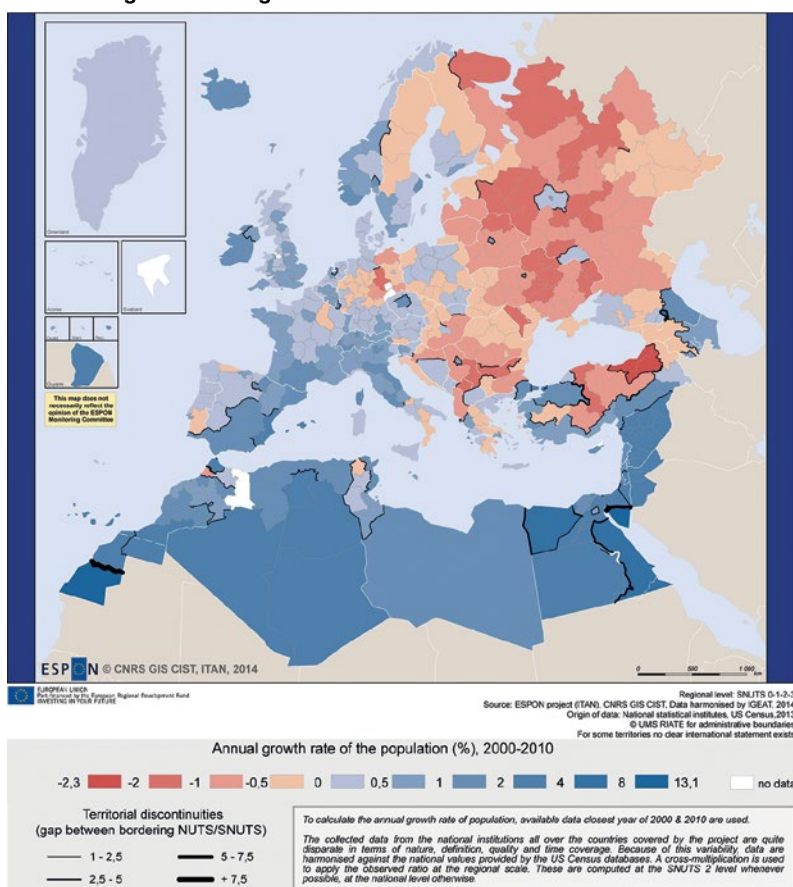
Obwohl im DEMIFER-Projekt (ESPON; NIDI 2010) die Typologie der Regionen aufgrund von verschiedenen demografischen Indikatoren festgelegt wurde, ist auf Karten die Grenze zwischen Ost und West immer deutlich zu sehen (Karte 1, S. 419). Die Regionen des ehemaligen Ostblocks weisen mehr oder weniger durchgängig Bevölkerungsrückgang auf. Alle postsozialistischen Regionen zeigen die Merkmale schrumpfender Regionen und Schwierigkeiten mit

ihrem Arbeitsmarkt. Daraus entsteht auf der Landkarte wie im Kopf der Menschen ein zusammenhängendes Gebiet aus postsozialistischen Ländern und Griechenland. Stark schrumpfende Regionen sind vor allem in Ostdeutschland, Estland, Lettland sowie in einzelnen Regionen Ungarns und Bulgariens zu sehen. Im Gegensatz zu der Homogenität der postsozialistischen Regionen zeigen die westeuropäischen Regionen eine große Vielfalt bezüglich der demografischen Merkmale. Diese Typologie wurde am Anfang des ESPON 2013-Programms entwickelt und berücksichtigt weder die Wanderungsströme infolge der Öffnung des EU-Arbeitsmarktes noch der Wirtschaftskrise – oder gar die aktuelle Zuwanderung von Flüchtlingen aus nichteuropäischen Staaten.

Um die heutigen Grenzen in Europa besser zu verstehen, ermöglicht das Projekt ITAN (ESPON 2014), einige wichtige Grundinformationen über die Nachbarschaft der EU zu gewinnen. Die Bevölkerungsentwicklung in den Nachbarstaaten nach Himmelsrichtung (Ost, Südost, Süd) ist unterschiedlich. Die östlichen Nachbarn, vor allem Staaten der ehemaligen Sowjetunion, haben einen starken Bevölkerungsrückgang. Nur wenige Teilgebiete, vor allem Hauptstädte mit ihrem engeren Einzugsbereich, zeigen eine positive Entwicklung der Bevölkerungszahl (Karte 2). Ähnliche Entwicklungen sind in Staaten des ehemaligen Jugoslawien zu beobachten, obwohl Slowenien und Kroatien mittlerweile Mitglieder der EU sind. Dabei ist selbstverständlich nicht zu vergessen, dass der vorherige Staat durch Unruhen und Krieg zerfallen ist. Das hatte zur Folge, dass in der südöstlichen Nachbarschaft zwischen 1991 und 2011 die Bevölkerung um 2 Millionen Menschen (10 %) zurückgegangen ist.

Mit einem Blick auf die grenzüberschreitenden Wanderungsdaten hat ESPON versucht, die Auswirkung der Finanz- und Wirtschaftskrise zu erfassen. In den Jahren 2007 bis 2012 hat sich mancherorts die Richtung der Wanderungen geändert. In den von der Wirtschaftskrise stark betroffenen Staaten – wie Island, Irland, Portugal, Spanien oder Griechenland – hat sich der Wanderungssaldo von positiv auf negativ geändert (ESPON 2013). Gleichzeitig hat die Nettozuwanderung in Deutschland und Österreich zugenommen. Deren Veränderung ist unter

Karte 2
Bevölkerungsentwicklung in der EU und deren Nachbarschaft



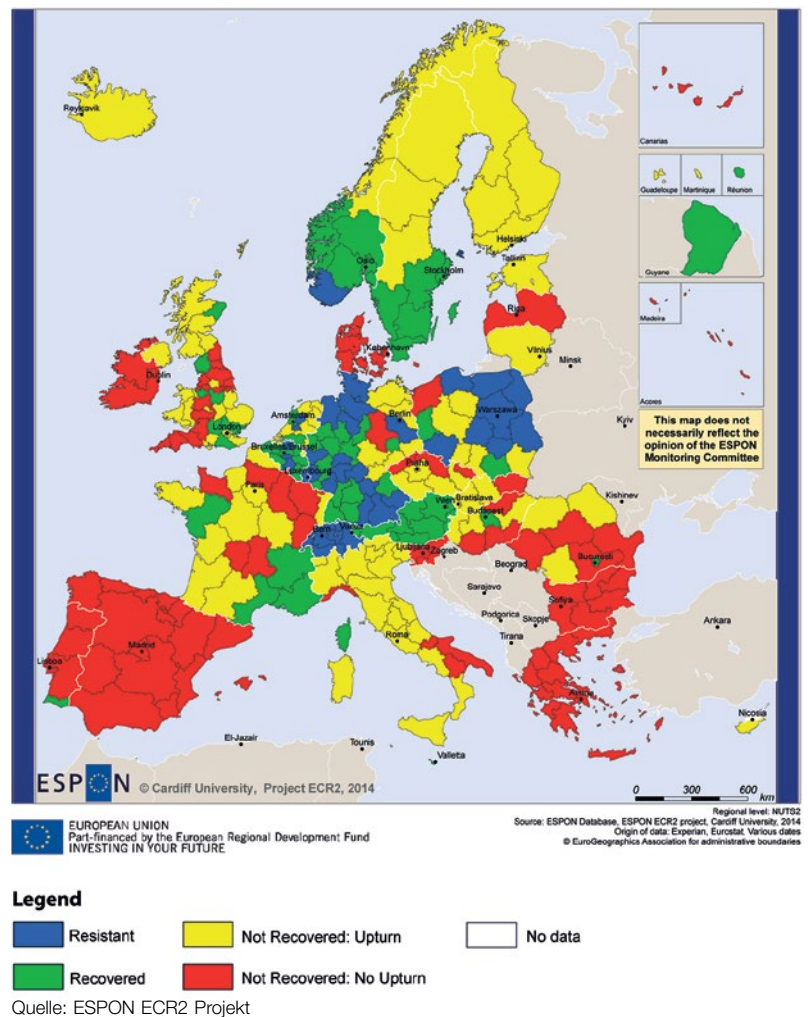
Quelle: ESPON ECR2 Projekt

anderem damit zu erklären, dass diese beiden Länder die Grenzen ihres Arbeitsmarktes für die Arbeitnehmer der neuen Mitgliedstaaten erst 2011 geöffnet haben.

In den neuen Mitgliedstaaten der EU sieht man unterschiedliche Entwicklungen: Slowenien und Tschechien haben einen positiven, aber zurückgehenden Wanderungssaldo, die mitteleuropäischen Staaten haben eine relativ stabile Wanderungsbilanz, und die osteuropäischen Staaten – wie Rumänien, Bulgarien und die baltischen Staaten – haben eine relativ starke Abwanderung. Unterschiede zwischen Ost und West bilden sich in den Wanderungsströmen also deutlich ab.

Die Bevölkerungsentwicklung innerhalb der EU-Staaten steht oft in Zusammenhang mit der Wirtschafts- bzw. Arbeitsmarktlage. Die Finanzkrise 2008 und die Folgekrisen der Realwirtschaft und der öffentlichen Finanzen haben räumlich unterschiedliche Auswirkungen in den Regionen Europas gezeigt. Im ECR2-Projekt (ESPON 2014) wurde die Widerstandsfähigkeit der Regionen unter anderem mit einem relativ einfachen, aber ziemlich aussagekräftigen Modell getestet. Das Modell berücksichtigt das Vorkrisen-Niveau und die Nachkrisen-Entwicklung der Wirtschaft. In Europa waren sowohl Regionen im Osten als auch im Westen von der Wirtschaftskrise betroffen. Der Verlauf des ehemaligen Eisernen Vorhangs ist nur deshalb deutlich zu sehen, weil die widerstandsfähigsten europäischen Regionen in Österreich, Westdeutschland und Süd-Schweden zu sehen sind. Sowohl im Osten als auch im Westen Europas weisen die Regionen hinsichtlich ihrer Widerstandsfähigkeit eine große Vielfalt auf. Die nationalwirtschaftlichen Rahmenbedingungen hatten einen großen Einfluss darauf, wie stark die Wirtschaftsleistung der Regionen von der Krise betroffen war. Vor allem in Griechenland, Spanien, Portugal und Irland waren die Regionen ähnlich negativ betroffen: In der Periode 2008 bis 2011 konnten diese Regionen sich von der Wirtschaftskrise nicht erholen und gar kein Wachstum aufweisen. So droht ökonomisch eher eine Nord-Süd Spaltung und weniger eine Ost-West Spaltung. Auch von den postsozialistischen Regionen konnten sich viele bis 2011 nicht von der Wirtschaftskrise erholen. Aber es gab auch Räume, die in der

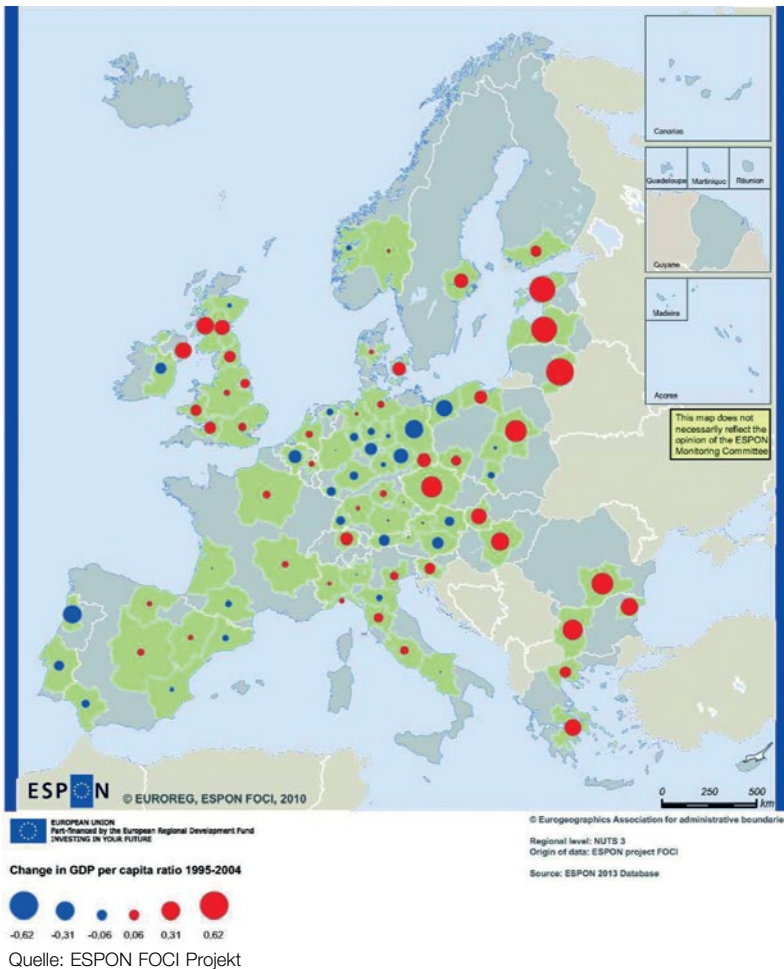
Karte 3
Widerstandsfähigkeit der Regionen in der Wirtschaftskrise



Krise relativ widerstandsfähig waren, wie die Regionen Ost-Polen und einige Hauptstadtregionen wie Warschau, Budapest, Bukarest oder Berlin. Die hatten entweder keinen Rückgang der Beschäftigung oder aber eine schnelle Erholung nach dem Rückgang (Karte 3).

Hauptstadtregionen nehmen eine besondere Rolle in den postsozialistischen Staaten ein. Im Vergleich zu den alten Mitgliedstaaten gibt es wesentlich weniger Metropolen in den neuen Mitgliedstaaten, und diese sind in den meisten Fällen lediglich die Hauptstädte, wie es bereits das FOCI-Projekt (ESPON 2010) darstellte. Es fehlen Großstädte, die genug Funktionen aufweisen könnten, um eine polyzentrische und ausgewogene Entwicklung zu gewährleisten. Auf dem Territorium des ehemali-

Karte 4
Veränderung der Disparitäten zwischen Metropolen und deren Hinterland



gen Ostblocks können nur Ostdeutschland und Polen zentrale Metropolfunktionen außerhalb der Hauptstadtregionen aufweisen. Wichtiger Unterschied zwischen den alten westlichen und östlichen Staaten ist die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Metropolen und deren Hinterland (Karte 4). In den meisten Regionen des ehemaligen Westens ist dieses Verhältnis bezüglich der Wirtschaftsleistung relativ ausgewogen, ohne große Veränderungen im Zeitverlauf. Im Osten hat sich dieses Verhältnis über die letzten Jahre stark verändert. In Ostdeutschland ist eher eine relativ starke Dekonzentration der Wirtschaftsleistung zu sehen, während in den anderen ehemaligen sozialistischen Staaten eine starke Konzentration der Wirtschaft in den Metropolen, den Hauptstädten, festzustellen ist. Trotz dieser Konzentration der Wirtschaftsleistung in den wenigen Metropolen der neuen EU-Mitgliedstaaten sind diese Städte weni-

ger in die globale Wirtschaft eingebunden. Die Firmenzentralen globaler Firmen zum Beispiel konzentrieren sich vor allem auf das sogenannte Pentagon-Gebiet, also das Gebiet zwischen London-Paris-Mailand-München-Hamburg. Im Osten sind lediglich die Hauptstädte in der Lage, den Zentralen von Firmen mit globaler Bedeutung eine attraktive Standortoption anzubieten.

Zukünftig zu erwartende Disparitäten

Politik soll Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft finden. Es ist deutlich zu sehen, in welchen Bereichen Europas die Teilung zwischen Ost und West auch nach mehr als zwei Jahrzehnten spürbar ist. Aber wie geht es weiter? Diese Frage ist schwer zu beantworten. Das ESPON ET2050-Projekt (2014) hat versucht, entlang mehreren Szenarien die Zukunft der räumlichen Entwicklung in Europa aufzubereiten.

Aufgrund der Modellrechnungen des Projektes wird eine weitere Teilung hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung erwartet: Die postsozialistischen Regionen dürften weiter stark schrumpfen – mit einigen Ausnahmen vor allem der Hauptstadtregionen. Dabei weisen die Regionen östlich des ehemaligen Eisernen Vorhangs eine relative Homogenität auf. Hingegen entwickeln sich die Bevölkerungszahlen der Regionen im Westen ziemlich unterschiedlich. So könnte sich in Mitteleuropa der statistisch sichtbare Verlauf des Eisernen Vorhangs auflösen, viele Regionen in Österreich und Westdeutschland können ähnliche Schrumpfung erwarten wie die Regionen im Osten (Karte 5).

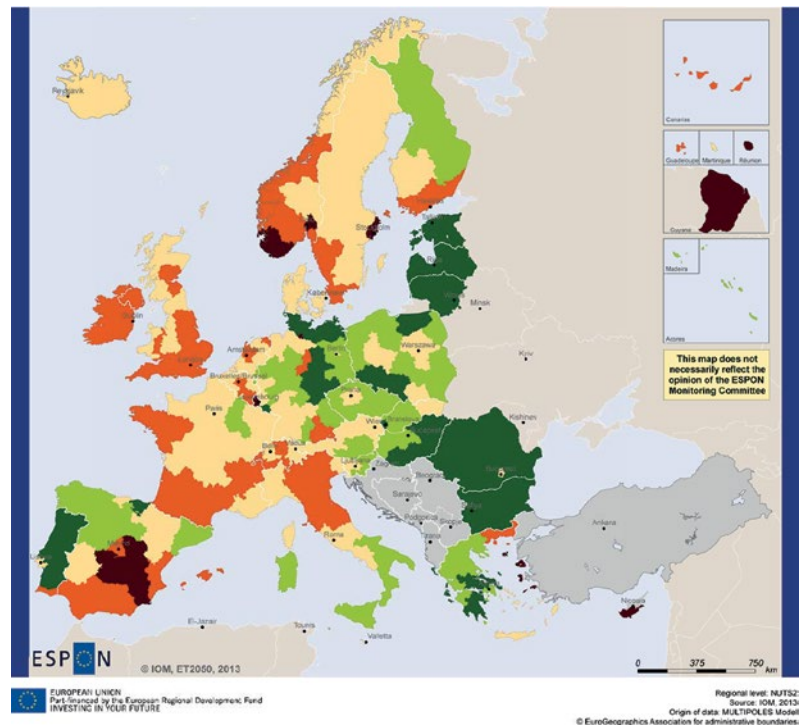
Unmittelbar nach der Wende war eine der größten Hoffnungen, dass die östlichen Regionen nach einer schnellen Übergangsperiode aufholen könnten. Diese Hoffnung war eine wichtige Triebfeder sowohl für die Wiedervereinigung Deutschlands als auch für die Erweiterung der EU. Das Aufholen gelang jedoch nicht so schnell wie erwartet. Die ökonometrischen Modelle des ET2050-Projektes haben verschiedene Szenarien für die BIP-Entwicklung in der Zukunft erarbeitet. Neben dem Baseline-Szenario (business as usual) wurden explorative Modelle unter drei extremen Rahmenbedingungen durchgeführt: Alternative 1 rechnete mit einer Wirtschaftsrezession, in der

Globalisierung und Wachstum der Schwellenländer zu geringerem Wachstum der Industrieländer führen. Alternative 2 rechnete mit einem starken technischen Fortschritt, der durch Innovationen zu höherer Produktivität führt. Alternative 3 rechnete mit steigenden Energiepreisen bzw. Energiesteuern und dadurch höheren Kosten. Das Projekt kombinierte diese Rahmenbedingungen mit drei möglichen Schwerpunkten der EU-Kohäsionspolitik:

- a. Metropolen werden gefördert;
- b. Die zweite Reihe der Städte wird gefördert;
- c. Ländliche Regionen und Klein- und Mittelstädte werden gefördert.

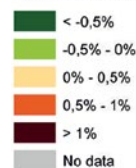
Im Baseline-Szenario werden die postsozialistische Regionen ihre Positionen in Bezug auf BIP je Einwohner im Vergleich zum EU-Durchschnitt meist behalten – aber Ostdeutschland, Tschechien, Südost-Polen, Nord-Ungarn, Mittel-Rumänien sowie Estland und Litauen werden in der Zukunft schneller wachsen als der EU-Durchschnitt. Hauptstädte wie Bukarest, Budapest, Bratislava können sogar ein relativ starkes BIP-Wachstum erwarten (Karte 6). In Westeuropa erwarten die Modellrechnungen eine eher ungleiche Entwicklung mit einer Vielfalt von regionalen Wachstumsraten. In der Folge droht den alten Mitgliedstaaten eine Vertiefung des Nord-Süd-Unterschiedes. Insgesamt wird erwartet, dass bis 2051 innerhalb der EU regionale Disparitäten abnehmen (Abbildung). Jedoch wird das BIP in den neuen Mitgliedstaaten das nominale Niveau der alten Mitgliedstaaten nicht erreichen, unabhängig davon, welches Extrem-Szenario gewählt wird (ESPON 2014).

Karte 5
Prognose der Bevölkerungsentwicklung in Europa



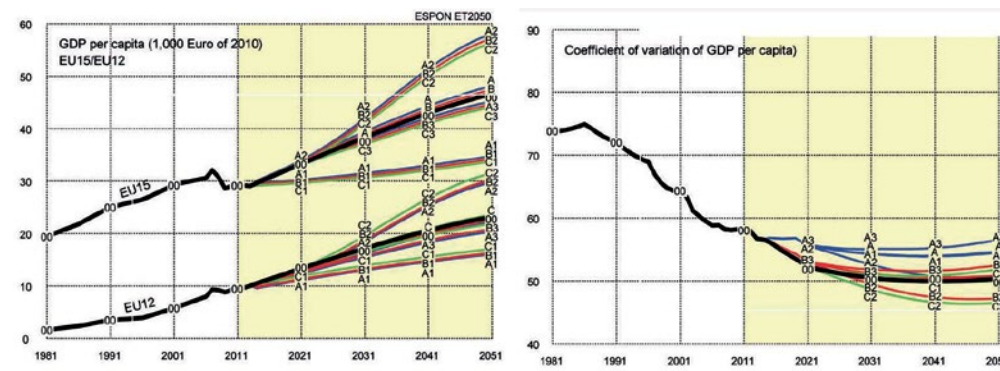
Annual population change (Units: %)

Measured by MULTIPLES forecast model as annual population change

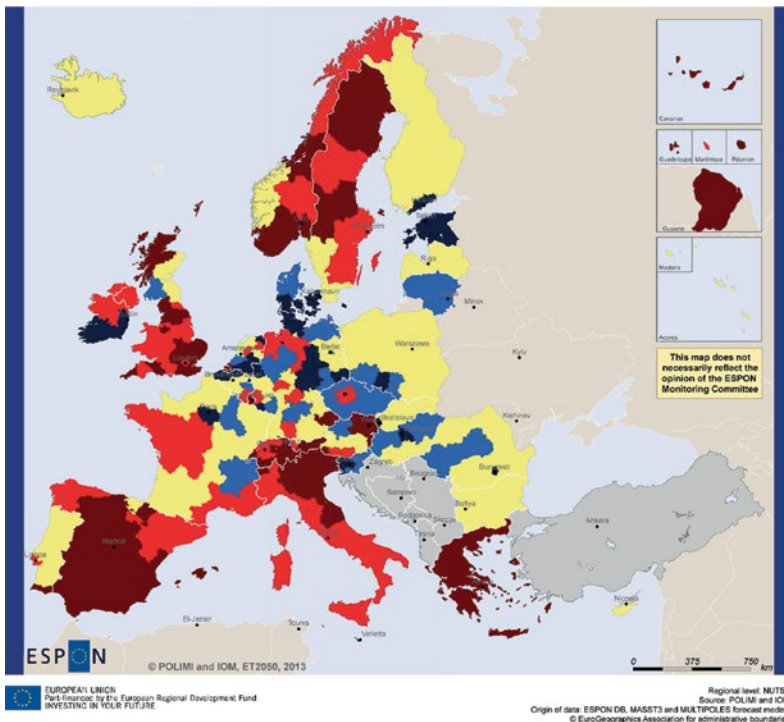


Quelle: ESPON ET2050 Projekt

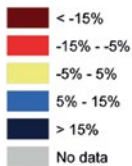
Abbildung
Prognose der Veränderung des BIP



Quelle: ESPON ET2050 Projekt

Karte 6**Prognose der Veränderung des BIP-Wachstums im Vergleich zum EU-Durchschnitt****Relative change in GDP per capita growth in relation to EU27 average (Units%)**

Measured by MASST3 and MULTIPOLES forecast models in percentage to EU27 average GDP growth



Quelle: ESPON ET2050 Projekt

Ökonometrische Modelle und quantitative Analysen können grobe, generalisierte und flächendeckende Schätzungen über Entwicklungspfade aufzeigen, aber qualitative Analysen können das Verständnis über die Entwicklungschancen verbessern. Insofern tragen auch schon bisherige qualitative Analysen über Mitteleuropa zu dem Verständnis über Unterschiede zwischen Ost und West bei. Die postsozialistischen Regionen in Mitteleuropa haben eine abhängige Marktwirtschaft, denn die Wirtschaft ist von ausländischen, externen (privaten und öffentlichen) Investitionen abhängig. Diese Investitionen bringen punktuell eine Modernisierung der Technologien und Arbeitsabläufe mit. Aber parallel dazu können Regionen, in denen diese Investitionen fehlen, nicht aufholen. Infolgedessen droht eine Segmentierung der Wirtschaft mit deutlichen räumlichen Unterschieden.

Auch die öffentlichen Investitionen sind meist von außen finanziert: In der Periode 2007 bis 2009 lag in sieben der zehn osteuropäischen postsozialistischen neuen Mitgliedstaaten der Anteil der Strukturfonds und deren Kofinanzierung über 50 % aller öffentlichen Investitionen (Healy/Bristow 2013). Die Abhängigkeit von externen Investitionen wird die räumlichen Disparitäten innerhalb der neuen Mitgliedstaaten erhöhen, und es droht das Risiko der weiteren Konzentration und Polarisierung – auch wenn diese Volkswirtschaften auf nationaler Ebene relativ aufholen.

Fazit

In der Euphorie unmittelbar nach der Wende gab es große Hoffnung auf ein schnelles wirtschaftliches Aufholen der postsozialistischen Regionen und auf eine Angleichung der Lebensbedingungen. Mit der EU-Erweiterung verstärkte sich diese Hoffnung in den neuen Mitgliedstaaten noch. Nach dem Zusammenbruch der Wirtschaft infolge der Wende konnten die postsozialistischen Regionen über die Folgejahre hinweg ein relativ starkes BIP-Wachstum entwickeln und damit die Ost-West-Unterschiede verringern. Dieser Prozess brach jedoch während der Banken- und Finanzkrise, die sich nach 2008 zu einer Weltwirtschaftskrise entwickelte, ab. Die europäischen Regionen waren von diesem Umbruch vergleichsweise ungleich betroffen.

Die Grenze zwischen Ost und West ist in den Indikatoren für wirtschaftliche Entwicklung – und infolgedessen auch in denen der demografischen Entwicklung – immer noch sichtbar. Aber mit der Zeit wird der alte Grenzverlauf unschärfer, und neue Grenzen der Disparität entstehen: Diese zeigen sich insbesondere zwischen den durch externe Investitionen besser in die internationale Wirtschaft eingebundenen Regionen, was vor allem auf Hauptstadt-/Metropolregionen zutrifft, und weniger entwickelten Regionen. Wirtschaftslage, Lebensbedingungen und demografische Entwicklungen beeinflussen sich gegenseitig. Die meisten postsozialistischen Regionen müssen mit deutlich gewachsenen Herausforderungen des demografischen Wandels, der Schrumpfung der Bevölkerung und des Arbeitskräftepotenzials rechnen.

Das gilt nicht nur für die EU-Länder, sondern auch für die Staaten in deren östlicher Nachbarschaft. Unterschiede zwischen Ost und West werden mit hoher Wahrscheinlichkeit auch in den kommenden Jahrzehnten sichtbar und quantitativ messbar sein. In den neuen EU-Mitgliedstaaten besteht zudem das Risiko der weiteren inneren Polarisierung zwischen den Hauptstadt- und den anderen Regionen. Um die Chancen für eine ausgewogene Raumentwick-

lung in Europa besser auszuloten, müssen quantitative Analysen mit qualitativen Bewertungen ergänzt werden. Damit könnten die postsozialistischen Entwicklungen besser verstanden und effizientere Maßnahmen der Raumentwicklungspolitik entwickelt und umgesetzt werden. Eine stärkere thematische Verknüpfung könnte zudem andere Fachpolitiken beeinflussen, die sie betreffenden räumlichen Aspekte der Entwicklung stärker zu berücksichtigen.

Literatur

BMJV – Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz, 2013/1991: Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertrag) – EinigVtr (BGBl. 1990 II S. 889). Berlin/Bonn. Zugriff: <http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/einigvtr/gesamt.pdf> [abgerufen am 10.09.2015]

ESPON (Hrsg.), 2013: Post-crisis migration trends – challenges and opportunities for Europe's competitiveness. Evidence Brief 6. Luxemburg. Zugriff: http://www.espon.eu/main/Menu_Publications/Menu_EvidenceBriefs [abgerufen am 10.09.2015]

ESPON; Cardiff University (Hrsg.), 2014: ECR2. Economic crisis: Regional economic resilience. Final Report. Zugriff: http://orca.cf.ac.uk/70798/1/ECR2_Draft_Final_Report.pdf [abgerufen am 10.09.2015]

ESPON; French National Centre for Scientific Research CNRS/GIS CIST (Hrsg.), 2014: ITAN – Integrated Territorial Analysis of the Neighbourhoods. Zugriff: http://www.espon.eu/main/Menu_Projects/Menu_AppliedResearch/itan.html [abgerufen am 10.09.2015]

ESPON; MCRIT Ltd (Hrsg.), 2014: ET2050 Territorial Scenarios and Visions for Europe. Final Report. Luxemburg. Zugriff: http://www.espon.eu/export/sites/default/Documents/Projects/AppliedResearch/ET2050/FR/ET2050_FR-00_Table-of-Contents.pdf [abgerufen am 10.09.2015]

ESPON; Netherlands Interdisciplinary Demographic Institute – NIDI (Hrsg.), 2010: DEMIFER – Demographic and Migratory Flows affecting European Regions and Cities. Luxemburg. Zugriff: http://www.espon.eu/export/sites/default/Documents/Projects/AppliedResearch/DEMIFER/FinalReport/Final_report_DEMIFER_incl_ISBN_Feb_2011.pdf [abgerufen am 10.09.2015]

ESPON; ULB (Hrsg.), 2010: FOCI Future Orientations for Cities. Final Scientific Report. Luxemburg. Zugriff: http://www.espon.eu/export/sites/default/Documents/Projects/AppliedResearch/FOCI/FOCI_FinalReport_ScientificReport-r.pdf [abgerufen am 10.09.2015]

EU – Europäische Union (Hrsg.), 2010: Konsolidierte Fassungen des Vertrags über die Europäische Union (EUV) und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV). Luxemburg. Zugriff: http://europa.eu/pol/pdf/consolidated-treaties_de.pdf [abgerufen am 10.09.2015]

EU – Europäische Union (Hrsg.), 2007: Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, unterzeichnet in Lissabon am 13. Dezember 2007. Amtsblatt der Europäischen Union, 50. Jg. (C 306). Zugriff: https://www.ecb.europa.eu/ecb/legal/pdf/de_lisbon_treaty.pdf [abgerufen am 10.09.2015]

Healy, Adrian; Bristow, Gillian, 2013: Economic Crisis and the Structural Funds. ESPON Applied Research Project ECR2 – Economic Crisis: Resilience of regions. Luxemburg. Zugriff: http://www.espon.eu/export/sites/default/Documents/Projects/AppliedResearch/ECR2/OD-ECR2-article_Economic-Crisis-and-the-Structural-Funds.pdf